

M 38 Synopse wichtiger Demokratietheorien und Demokratiemodelle

	Identitätstheorie	Repräsentationstheorie / Gewaltenteilungslehre	Konkurrenz- und Pluralismustheorie	Marxismus – Leninismus
Menschenbild	Anspruch: wahres Interesse wird erkannt (allgemeiner Wille) – Betonung des Gleichheitsaspektes – Mensch frei geboren, sich selbst genügend, gut – wahre Freiheit: Gehorsam gegenüber dem allgemeinen Willen	– vorstaatliche Menschenrechte – individuelle Freiheit / Freiheit, über Besitz und Persönlichkeit zu verfügen	– Individualität – unterschiedliche Interessen – kein einheitlicher Wille – Menschen organisieren sich in Gruppen	Anspruch: wahres Interesse wird erkannt (Parteielite) – wahres Interesse: Aufhebung der Entfremdung – Kollektiv: gemeinsame Produktion / Verteilung / Konsumtion / Gemeineigentum
Gesellschaftsauffassung	– homogener Volkswille – keine Konflikte – soziale und ökonomische Gleichheit kann verwirklicht werden	– Zusammenschluß der Menschen zur Sicherung des Eigentums und der individuellen Rechte / Rechtsfrieden – freies Handeln im Rahmen der Gesetze – Gleichheit vor dem Gesetz / gleiche Rechte aller Individuen	– Interessenpluralismus – Minimalkonsens über die „Spielregeln“ des Zusammenlebens in der Gesellschaft – Partizipation durch Wahlen – Konkurrenz der Interessen / Parteien ohne Einfluß auf die politische Entscheidung – Konflikte legitim – Individuum: Mitglied verschiedener Gruppen = Sicherung des „Zusammenhalts“ der Gesellschaft	Annahme: Klassenantagonismus (Produktionsmittelbesitzer / Nichtbesitzer) – Ziel: klassenlose Gesellschaft / keine Repression / keine Entfremdung / kein Privatbesitz / dadurch gute zwischenmenschliche Beziehungen – Identität zwischen privaten, gesellschaftlichen und kollektiven Interessen im Sozialismus
Staatsauffassung	– Identität zwischen Herrschenden / Beherrschten (Regierenden / Regierte) – Verwirklichung des Volkswillens (allgemeiner Wille)	– Volk = eigentlicher Souverän (nicht Rasse oder Klasse) überträgt Gewalt auf gewählte Vertreter – politische Gewalt = dem Gesetzgeber übertragene Gewalt zum Schutz des Eigentums und der Individualrechte – Legislative / Exekutive / Judikative – Willensbildung: Mehrheitsprinzip	– politische Gewalt an Gesetze gebunden, trifft verbindliche Entscheidungen, sorgt für Interessenausgleich	Staat = Herrschaftsinstrument des Proletariats; stirbt im Kommunismus ab
Schichtsauffassung				Nach Urgesellschaft Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus ist der Sozialismus die Vorstufe zum Kommunismus – Sozialismus = Aufhebung der Entfremdung, Diktatur des Proletariats (der Partei) zur Bekämpfung antisozialistischer Kräfte und zum Aufbau der sozialistischen (und sodann kommunistischen) Gesellschaft

Synopse wichtiger Demokratietheorien und Demokratiemodelle (Fortsetzung)

	Identitätstheorie	Repräsentationstheorie / Gewaltenteilungslehre	Konkurrenz- und Pluralismustheorie	Marxismus – Leninismus
Kritik	– Positiv: Betonung der Volkssouveränität – Gefahr: Legitimation für Diktatur – Leugnen der Interessenvielfalt und der gesellschaftlichen Konflikte – keine totale Gleichheit ohne Zwang – keine Rechtssicherheit – kein Minderheitenschutz – keine Verantwortlichkeit bei getroffenen Entscheidungen – keine Sicherung der vorstaatlichen Menschenrechte	– keine direkte Beeinflussung der Politik während der Legislaturperiode – steht dem Staat das Individuum gegenüber? – geringe Bedeutung der Partizipation und Interessenvertretung – Gewaltenteilung zwischen Regierung und Regierungsfraktion/ Opposition/Judikative?	– Schutz der Besitzenden, keine gesellschaftliche Veränderung im Sinne sozialer Gerechtigkeit? – Vernachlässigung der Willensbildung? – „Stabilität“ = wichtigster Aspekt? – werden Interessen der Gruppenmitglieder von den Eliten tatsächlich vertreten?	– Unterdrückung individueller Freiheit – Diktatur einer Führungselite – keine Rechtssicherheit – Pflicht zur Mitwirkung in der Gesellschaft – Herrschaft des Staatsapparates und der Funktionäre
Demokratiemodelle	Rätemodell: – Aufhebung gesellschaftlicher Differenzierung im Kollektiv – imperatives Mandat – Volksbegehren – Referendum	Schweiz – Parteien – Verbände – Nationalrat – Ständerat – unabhängige Regierung Bundesrepublik Deutschland IdGO: – Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten – Volkssouveränität – Gewaltenteilung – Verantwortlichkeit der Regierung – Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – Mitwirkung in Verbänden, Parteien, Demonstrationen, Bürgerinitiativen; Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen	Volksdemokratie – demokratischer Zentralismus – Führungsanspruch der Parteielite: Wissen über Bewegungsgesetze der Geschichte – Diktatur des Proletariats – Staat: Machtinstrument des Proletariats (der Partei)	